Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 15. April 1885. Nr. 171.

Deutschland.

Berlin, 14. April. Neben der grundsätzlichen Stellungnahme zu dem gesetzgeberischen Vorgehen im Abgeordnetenhause bezüglich der Lehrerpensionen wird das Staatsministerium sich, wie die „B. P. N." meinen, vor dem Eintritt in die Spezialberathung des Kommissionsentwurfs auch über die Einzelheiten des letzteren schlüssig machen. Es kommen dabei insbesondere die Fragen, bis zu welchem Höchstbetrage der Staat die Pension übernehmen soll, sowie die Vorschläge wegen ausnahmsweiser Behandlung der zur Zeit in dem vormaligen Herzogthum Nassau, der Stadt Frankfurt und Hechingen angestellten Lehrer in Betracht.

Der von der Kommission vorgeschlagene Höchstbetrag von 900 M. erregt Bedenken, weniger aus fiskalischen Gesichtspunkten, als weil es erwünscht ist, zur Vermeidung allzuvieler Pensionirung, die Schulunterhaltungspflichtigen, wenn auch im geringen Umfange, bei der Pensionslast zu betheiligen. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß es sich nicht empfiehlt, die kleinen Landgemeinden, in denen bisher die Pensionslast von dem Amtsnachfolger getragen wurde, für derartige Zwecke neu zu belasten, und daß schon bei einer Herabsetzung des Maximums auf 800 M. eine solche Neubelastung in allen Fällen eintreten würde, in denen der Lehrer den Höchstbetrag der Pension erreicht.

Jene Ausnahmebestimmungen gaben trotz der ihnen zur Seite stehenden Billigkeitsmomente aus dem Grunde zu Erinnerungen Anlaß, weil die Beamtenpensionsgesetze ähnliche Uebergangsbestimmungen nicht haben, und weil eine, wenn auch nur vorübergehende Sonderstellung jener Landestheile sich nicht empfiehlt.

Berlin, 13. April. Die durch die Nachricht von dem Beginne der Feindseligkeiten an der afghanischen Grenze hervorgerufene gewaltige Aufregung hat sich, seitdem Publikum und Presse etwas ruhiger über die Sache denken, und es wirklich den Anschein hat, als ob die Afghanen den Angriff Komarow's provozirt haben, einigermaßen gelegt. Gladstone's Erklärungen haben insbesondere zur Beruhigung des Landes beigetragen, aber da man den Russen nun einmal nicht recht traut, werden die Rüstungen fortgesetzt. Die Tagespresse fährt fort, der Regierung an's Herz zu legen, Rußland gegenüber eine feste Haltung anzunehmen, da nur dadurch der Frieden aufrechtgehalten werden könne. Die „Pall Mall Gazette" dagegen empfiehlt der Regierung auf das Dringendste, die Thatsachen wohl abzuwägen, ehe sie an die russische Regierung ein Ultimatum stelle, das sie beim Lichte neuerer Nachrichten vielleicht zurückzuziehen haben dürfte. Wenn die russische Behauptung richtig ist, sagt das Blatt, hat die Lage keine Aenderung erfahren, und wir sind nicht berechtigt, auf eine Verletzung des Waffenstillstandes seitens unserer eigenen Bundesgenossen irgend welche weiteren Forderungen an die Russen zu begründen. In diesem Falle scheint in der That die andere Seite Recht zu haben.

Aus Rawulpindi wird unterm 10. d. gemeldet, daß der Emir von Afghanistan die Nachricht von dem Gefechte bei Pendjeh mit größter Gemüthsruhe entgegennahm. Er sagte, er sei seit geraumer Zeit davon überzeugt, daß die Russen beabsichtigen, nach Herat vorzurücken. Der Emir war anfänglich abgeneigt, seine Zustimmung zum Einmarsche britischer Truppen in Afghanistan zu geben. Seit der Nachricht von der Schlacht bei Pendjeh hat er seine Sinnesart jedoch geändert, und es heißt nun, er sei ganz bereit, britischen Truppen zu gestatten, nach Candahar und Herat vorzurücken.

Der Berliner Korrespondent der „Morning Post" meldet unterm 10. d.:

„Der Kaiser von Deutschland hat in entschiedener Weise seine Meinung ausgedrückt, daß die Agression an der Grenze von Afghanistan von Seiten der Russen ausging. Nach einer Besprechung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck wurden Depeschen von der größten Wichtigkeit unverzüglich nach London und St. Petersburg gesandt, die den Zweck haben, beide Mächte zu bewegen, ihre Differenzen einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterbreiten. Auch werden in diesem Augenblick mit Wien und Rom Ansichten über diesen Gegenstand ausgetauscht. Die Aussicht auf das Ausbrechen eines Krieges berührt den Kaiser äußerst schmerzlich. Sollte Rußland bei seiner gegenwärtigen Politik beharren, dann erklärt Deutschland, den Skierniewicer Vertrag dadurch als annullirt zu betrachten (?), da dessen Zweck die Aufrechterhaltung des Friedens war."

Unter der Ueberschrift „Eine Aussicht auf Frieden" schreibt die „Pall Mall Gazette" heute u. A.: „Die größten Sicherheiten für den Frieden, abgesehen von dem gesunden Verstande des Zaren einerseits, und Mr. Gladstone's andererseits, sind: 1) der Entschluß des deutschen Kaisers, den Krieg, wenn möglich zu verhindern; 2) der starke Druck der kombinirten finanziellen Interessen Europas zu Gunsten des Friedens; und 3) hauptsächlich der Umstand, daß der Emir den Durchmarsch englischer Truppen durch Afghanistan mit Ungunst betrachtet, obgleich sie dies zur Bekriegung des Siegers von Pul-i-Khisti an seiner westlichen Grenze thun mögen. Abdurrhaman ist ein kluger und schlauer Mann. Er weiß wohl, daß, wenn er unter irgend einem Vorwande die Zulassung einer großen europäischen Streitmacht in Afghanistan billigt, Zweidrittel seiner Unterthanen die Lehenstreue gegen ihn abschwören, und die Ungläubigen, die ihr Land durchziehen, angreifen würden. Die Afghanen sind stets die Feinde der ersten Ankömmlinge, und alle Befehle des Emirs werden sie nicht bewegen, die früheren Sieger von Kandahar und Kabul als Freunde zu empfangen, selbst wenn diese sich auf dem Marsche befinden, um die Russen am Kuschk zu bekämpfen. Der Umstand, daß wir nicht aneinander gerathen können, ist die wesentlichste Bürgschaft für den Frieden".

— Die „Nationalliberale Korrespondenz" enthält unter der Ueberschrift „Parlament und auswärtige Politik" einen Artikel, den wir bei seiner prinzipiellen Bedeutung vollständig folgen lassen:

„In der Erklärung, welche der neue französische Minister-Präsident (seit Napoleons Sturz der neunzehnte) in der Deputirtenkammer verlas, findet sich u. A. die Stelle, daß die Regierung entschlossen sei, den Charakter der Tonkin-Expedition nicht ohne Genehmigung des Parlaments zu ändern. Wenn man bedenkt, welche traurige Rolle gerade das französische Parlament in dieser Phase der französischen Geschichte gespielt hat, und wie dasselbe bei dem Sturze Ferry's eher einem Tollhaus, als einer Versammlung vernünftiger Männer glich, so erhalten die obigen Worte des Herrn Brisson eine eigenthümliche Beleuchtung. Man darf kühnlich behaupten, daß das frühere Ministerium hauptsächlich durch seine, allerdings gezwungene Rücksichtnahme auf das Parlament in seiner diplomatischen Aktion China gegenüber lahm gelegt ward, und daß Ferry zweifellos geschickter und erfolgreicher hätte operiren können, wenn nicht bei jeder neuen Wendung die Deputirtenkammer den Ausschlag gegeben hätte. Unwillkürlich steigt aber bei diesen Vorgängen wieder die Frage auf, ob und wie weit einem Parlament eine Einwirkung auf die auswärtige Politik eines Staates eingeräumt werden. Ist die auswärtige Politik, wie sie sich mit ihrem diplomatischen Apparat gestaltet, überhaupt in einer Volks-Vertretung zu erörtern, kann sie ihrem innersten Wesen nach von einer Versammlung von vierhundert Personen oder mehr kontrollirt werden? Hierauf läßt sich nur mit einem deutlichen Nein antworten. Ein Kabinet, welches eine halbwegs erfolgreiche Politik treiben will, kann seine Beschlüsse unmöglich von denen eines Parlaments abhängig machen und ist nicht in der Lage, vor Ausführung seiner Maßnahmen die Landesboten um ihre Meinung zu befragen. Im Großen und Ganzen muß sich in einem konstitutionellen Staate auch die auswärtige Politik mit der Majorität des Volkes in Uebereinstimmung befinden, eine Kontrolle im Einzelnen über die von dem jeweiligen Staatsmann ergriffenen Maßregeln kann aber absolut nicht ausgeübt werden. Abgesehen davon, daß sich eine Regierung durch eine öffentliche Behandlung ihrer internen Angelegenheiten die besten Vortheile aus der Hand geben würde, dürften auch die diesbezüglichen Debatten in einem Parlament höchst weitschweifend und unfruchtbar werden. Ein derartig konstruirter Staat wäre mit einem Schiffe zu vergleichen, an dessen Steuerrad der Eine vor-, der Andere rückwärts dreht. Zum Staatsmann wird man geboren, nicht erzogen, und bei einem Ressort, wie dem Auswärtigen, wo sich die Thätigkeit in einem leitenden Kopf konzentrirt, wo es der einheitlichsten Direktion und oft der raschesten Ausführung der gefaßten Beschlüsse bedarf, muß eine außerhalb derselben stehende Einwirkung so viel als möglich abgeschwächt werden. Die langjährige parlamentarische Geschichte Englands lehrt uns, daß die im Unterhaus über die auswärtige Politik geführten Debatten stets so gut wie resultatlos verlaufen sind, indem der leitende Staatsmann die geforderten Aufschlüsse nicht zu geben vermochte, ohne seine Politik zu gefährden, und darum die Interpellanten mit nebensächlichen Dingen und Ausflüchten abspeiste. Der eine Minister zog sich mit allgemeinen Redensarten aus der Affaire, der andere verweigerte es im Interesse des Staates geradezu, der Interpellation Rede zu stehen, der dritte erklärte zwar, bereitwilligst jeden Aufschluß ertheilen zu wollen, und gab sodann eine Unwahrheit oder eine reiflich überlegte doppelsinnige Antwort zum Besten. Oder will man es vielleicht eine Auskunft nennen, wenn Lord Palmerston die Anfrage, warum die englische Regierung zugegeben, daß Krakau den Wiener Verträgen zuwider von Oesterreich inkorporirt worden, mit der laut applaudirten Gegenfrage beantwortete: „ob etwa Linienschiffe nach Krakau hinauffahren könnten?" Einen richtigen Einblick in die diplomatischen Verhandlungen hat das englische Parlament trotz aller Blaubücher niemals erhalten, indem die wichtigsten und entscheidensten Aktenstücke von dem Kabinet stets zurückgehalten wurden; ja Lord Palmerston erklärte es sogar für eine Pflichtwidrigkeit der Regierung, „dem Parlament Stücke der Korrespondenz vorzulegen, die bloße Meinungen oder vertrauliche Mittheilungen vom Auslande enthalten und deren Veröffentlichung dem Dienst nachtheilig sein und die Zwecke vereiteln würde, die Parlament und Regierung im Auge haben müssen." Die Folgen einer derartigen, um einen gelinden Ausdruck zu gebrauchen, ungeschickten Veröffentlichung hat Lord Granville erst kürzlich bitter empfinden müssen. Es bleibt immer ein gefährliches Experiment, die feinen Fäden, welche die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Staaten spinnen, bloß zu legen, wenn man nicht die geübte und kräftige Hand besitzt, um den sich schlingenden Knoten im eigensten Interesse wieder zu lösen. Wir können nur wünschen, daß sich der deutsche Reichstag die weise Zurückhaltung, welche er im Vertrauen auf die hohe Staatskunst unseres Reichskanzlers in Sachen der auswärtigen Politik stets gezeigt hat, auch fürder bewahre, und daß die Versuche gewisser unfehlbarer Parlamentarier, auch auf diesem Gebiete den Meister spielen zu wollen, sich nicht wiederholen mögen. Ein sehr lehrreiches Beispiel, wie verhängnißvoll die parlamentarische Einwirkung auf die auswärtige Politik werden kann, haben wir jetzt in Frankreich vor uns, wo eine kopflose, aus den heterogensten Elementen zusammengesetzte Mehrheit das Ministerium Ferry in dem Moment stürzte, als dasselbe hart vor dem Abschluß eines günstigen Friedens mit China stand. Nach den jüngsten Vorgängen an der Seine wird das ironische Wort eines englischen Blattes zur bitteren Wahrheit, daß die chinesische Diplomatie nur darum der französischen überlegen sei, weil sie kein Parlament, wie die letztere, besitze."

— Dem Bundesrath ist im Auftrage des Kaisers der am 20. v. Mts. in St. Petersburg von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnete Entwurf eines Auslieferungsvertrages zwischen dem deutschen Reiche und Rußland zur Genehmigung vorgelegt worden. Der Vertragsentwurf lautet in deutscher Uebersetzung:

Artikel 1. Die hohen vertragschließenden Theile verpflichten sich, einander auf dieserhalb gestellten Antrag diejenigen Angehörigen des ersuchenden Theiles auszuliefern, welche von den Gerichten des ersuchenden Landes wegen einer der nachstehend aufgeführten, nach den Gesetzen des betr. Landes strafbaren Handlungen verurtheilt sind oder verfolgt werden und sich der verdienten Strafe durch die Flucht entzogen haben:

1) wegen eines der nachstehend bezeichneten Verbrechen und Verbrechen oder wegen Vorbereitungen zu deren Ausführung, wenn diese Verbrechen und Vergehen von dem Deutschen, dessen Auslieferung beantragt wird, gegen Se. Majestät den deutschen Kaiser, König von Preußen, oder ein Mitglied seiner Familie oder gegen den Landesherrn eines andern zum Reich gehörigen Staates oder ein Mitglied der Familie dieses Landesherrn, und von dem russischen Unterthan, dessen Auslieferung beantragt wird, gegen Se. Majestät den Kaiser aller Reußen oder ein Mitglied seiner Familie begangen sind.
   a) Todtschlag,
   b) Thätlichkeit,
   c) Körperverletzung,
   d) vorsätzliche Beraubung der Freiheit,
   e) Beleidigung;
2) wegen Mordes oder Mordversuchs;
3) wegen rechtswidriger Herstellung oder rechtswidrigen Besitzes von Dynamit oder anderen Sprengstoffen.

Artikel 2. In allen anderen Fällen, in welchen die Auslieferung von einem der beiden vertragschließenden Theile wegen eines Verbrechens oder Vergehens beantragt wird, welches nicht im Artikel 1 erwähnt ist, wird dem Antrag von der Regierung, bei welcher er gestellt ist, mit Rücksicht auf die freundnachbarlichen Beziehungen, welche die beiden Länder verbinden, Folge gegeben werden.

Artikel 3. Der Umstand, daß das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen die Auslieferung beantragt wird, in einer politischen Absicht begangen ist, soll in keinem Falle als Grund dienen, um die Auslieferung abzulehnen.

Artikel 4. Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt, und die Ratifikations-Urkunden werden sobald als möglich ausgewechselt werden. Derselbe wird zehn Tage nach der Auswechslung der Ratifikations-Urkunden treten und bleibt in Kraft bis nach Ablauf von 6 Monaten von dem Tage an gerechnet, an welchem der eine oder der andere der hohen vertragschließenden Theile ihn gekündigt haben sollte. Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

(gez.) von Schweinitz.
(gez.) Giers.

Dieser neue Entwurf trägt so gut wie gar nicht den Ausstellungen Rechnung. Der Art. 2 ist sogar im Vergleich mit diesem Abkommen noch verschlechtert; er ist so allgemein gefaßt, daß er eigentlich zur Auslieferung in allen Fällen verpflichtet und die Artikel 1 und 3 überflüssig macht.

— Der Minister des Innern hat den Ober-Präsidenten die Verbreitung der sogenannten Natural-Verpflegungs-Stationen empfohlen und mitgetheilt, daß letztere in einzelnen Theilen des Staates schon jetzt eine ziemlich erhebliche Ausdehnung genommen haben, während die Mehrzahl der Provinzen über Anfänge bisher noch nicht hinausgekommen ist, deshalb werden die Ober-Präsidenten ersucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß diejenigen Kreis- und ähnlichen Verbände, welche bisher der Frage wegen Anschlusses an diese Organisation überhaupt noch nicht näher getreten oder aber den Anschluß verweigert, sich zur Einrichtung solcher Stationen bereit erklären oder auf anderem Wege zum selben Ziel gelangen. Von besonderer Wichtigkeit erscheine es hierbei, daß soweit irgend thunlich den umherziehenden Wanderern Beherbergung und Verpflegung nur auf Grund einer vorhergehenden Arbeitsleistung gewährt werde.

— Aus Ottawa wird unterm gestrigen Datum gemeldet:

Der Häuptling der Schwarzfuß-Indianer, Krähenfuß, hat der Regierung telegraphisch angezeigt, daß er an dem Kriege gegen die Weißen nicht theilnehmen werde. General Middleton ist in raschem Vormarsche gegen die Aufständischen, man erwartet schon in den nächsten Tagen einen Zusammenstoß desselben mit dem Feind. Die Provinz Manitoba ist durch einen Einfall von Indianern aus der nordamerikanischen Union heimgesucht; letztere ziehen sengend und plündernd durch das Land, von Winnipeg aus wurden Truppen gegen dieselben abgesendet.

Straßburg i. E., 9. April. Bischof Stumpf hat in der Charwoche eine Romfahrt angetreten. In dem Rundschreiben, welches er aus diesem Anlasse veröffentlicht, wird nicht ohne Absicht, wie scheint, hervorgehoben, daß der Bischof freiwillig nach Rom reist, um an den Gräbern der Apostel zu beten und dem heiligen Vater seine Ehrfurcht und Ergebenheit zu bezeugen, welchem er auch den Peterspfennig aus dem Bisthum überbringt. Der Bischof reist also nicht „ad audiendum verbum“, wie wohl manche gewünscht hätten, welche seit langer Zeit bemüht sind, den Bischof wegen seiner Nachgiebigkeit gegen die Regierung, das heißt, weil er sich den Gesetzen fügt, in Rom anzuschwärzen.

Ausland.

Paris 9. April. Das Ministerium Brisson-Freycinet hat nun fast einen ganzen Monat vor sich, um sich einzurichten, indem die Kammern bis zum 4 Mai in Ferien gegangen sind. Bisher hat die Kammer ihre Budgetkommission und einen neuen Präsidenten, an Stelle Brissons, gewählt. In die Budgetkommission wählte sie 24 Gambettisten und nur 9 anderen Fraktionen angehörige Mitglieder. Zum Präsidenten der Kammer aber ernannte sie Floquet, einen Gegner der Gambettisten. Dies beweist zur Genüge, daß die Gambettisten immer recht wacker zusammenhalten und daher die mächtigste Partei geblieben sind. Floquet verdankt seine Wahl den Monarchisten, obwohl er nur 179 Stimmen erhielt, wogegen 175 auf Fallieres, den Kandidaten der Gambettisten und Mitglied des eben abgetretenen Kabinets Ferry, fielen. Es wird daher nach den Ferien jedenfalls zu lebhaften Parteikämpfen kommen. Durch ihr Uebergewicht in der Budgetkommission haben die Gambettisten eine gewichtige Position inne, welche sie wohl ausbeuten dürften. Es muß hierbei erinnert werden, daß einst Gambetta mittelst der Budgetkommission, deren Präsident er war, jahrelang die ganze Regierung im Schache hielt oder vielmehr förmlich beherrschte. Diesmal hat die Budgetkommission Rouvier, der mit Gambetta und zuletzt mit Ferry im Ministerium gesessen, zum Präsidenten erwählt. Zu Vizepräsidenten erwählte sie Baihaut und Labuze, alle beide Unterstaatssekretäre im verflossenen Kabinet und wackere Gambettisten. Die Budgetkommision ist deshalb eine wohlverwahrte Burg des Gambettismus, dem auch ihr General-Berichterstatter, Jules Roche, angehört.

Der jetzige Konseilspräsident, Brisson, hat sich stets als Atheist bekannt und in seinen letzten Wahlprogrammen Konfiskation des Besitzes der Ordensleute und deren Austreibung, Abschaffung des Kultusbudgets und des Konkordats gefordert. Als Minister jedoch dürfte er schwerlich an die Ausführung dieser Prinzipien denken. Hat er doch schon, bei Uebernahme des Justizministeriums, den Kultus davon getrennt, und mit dem Unterricht vereinigt, welcher von Goblet übernommen wurde. Letzterer ist zwar ziemlich radikal, aber trotzdem nicht intolerant gegen Andersdenkende und Kirchlichgesinnte, wie die meisten anderen Republikaner. Goblet ist vielmehr für Beibehaltung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. An eine Trennung der beiden oder sonstige radikale Maßregel auf kirchlichem Gebiete ist überhaupt vor den nächsten Wahlen nicht zu denken.

In der in der Kammer verlesenen Deklaration des Ministeriums verspricht dasselbe loyale, aufrichtige und freie Wahlen, hofft also, bis dorthin noch am Ruder zu sein. Durch die langen Ferien wird aber die Session jedenfalls auch in die Länge gezogen und werden die Neuwahlen schwerlich vor dem äußersten Termine, September oder Oktober, statthaben können. Bis dahin ist aber auch eine weitere Ministerkrisis nicht ausgeschlossen.

Vor ihrer Vertagung haben die Kammern dem Ministerium 200 Mill. für die Tonkin-Expedition, d. h. den Krieg mit China, zur Verfügung gestellt, nachdem das Kabinet erklärt hatte, sie wolle diesen der Ehre und den Interessen Frankreichs entsprechend beenden, resp. weiterführen, bis das vorgesteckte Ziel erreicht sein wird. Hieraus geht schon zur Genüge hervor, daß man kein allzu großes Vertreuen in die jetzt mit China abgeschlossenen Friedenspräliminarien setzt. Als Vertreter Chinas fungirte bei diesem Abschluß der Engländer Campbell, welcher seinerseits seine Vollmachten von seinem Landsmann Hart zu haben vorgiebt, welcher an der Spitze der chinesischen Douanen steht. Eines ist sicher, wenn die Feindseligkeiten am 10. April eingestellt werden, wie es die Friedenspräliminarien feststellen, so hat China von diesem Tage ab freien Verkehr zur See und kann seine in Europa und Amerika gekauften Waffen unbehindert einführen. Zieht sich dann der Abschluß des Friedens lange Monate hin, so ist China mit allem Nöthigen wohlversehen, wenn die Feindseligkeiten etwa wiederum beginnen sollten. So viel ist nun freilich für die jetzige französische Regierung gewonnen, daß ihr nunmehr ausgiebige Geldmittel zur Verfügung stehen, um in umfassender Weise gegen China vorzugehen. Wenn die Chinesen darauf rechneten, daß mit dem Rücktritt Ferrys Frankreich seine Ansprüche herabstimmen werde, haben sie sich offenbar sehr getäuscht.

In Paris herrscht seit mehreren Wochen stets rauhes, unfreundliches Wetter und fast beständig scharfe Winde. Auch im übrigen Frankreich wird über ähnliches Wetter geklagt, bei dem die gesammte Vegetation zurückbleibt.

Paris, 12. April. Das vom Komitee der Presse und dem Pariser Gemeinderathe veranstaltete Ballfest zu Gunsten der Pariser Armen und der bei Tonkin Verwundeten hat gestern Abend im neuen Stadthause stattgefunden, dessen prachtvolle, allerdings erst halbfertige Salons und Festgallerien dadurch eingeweiht wurden. Das Fest hatte großen Erfolg, namentlich wurde der Zweck erreicht, da die Einnahme wahrscheinlich 200,000 Franken übersteigt. Obgleich alles vorzüglich organisirt war, herrschte doch zeitweise ein entsetzliches Gedränge. Die Gesellschaft war natürlich sehr gemischt, alle Parteien wie die verschiedensten gesellschaftlichen Kreise, auch die Demimonde waren vertreten. Grevy und Brisson hatten sich entschuldigt, die übrigen Minister waren erschienen. Mitglieder sämmtlicher Botschafter und Gesandtschaften waren anwesend, mit Ausnahme der spanischen Botschaft, deren Mitglieder aus nahe liegenden Gründen abgelehnt hatten. Bekanntlich wurde dieses Fest zum Vortheil der Pariser Armen von einigen Journalen erfunden, als der „Figaro“ und die Direktion der Großen Oper den Vorschlag gemacht hatten, ein Fest zum Vortheil der durch die Erdbeben in Spanien Geschädigten zu veranstalten. Der Stadthausplatz war polizeilich abgesperrt. Zweimalige Versuche starker Banden, die durch Polizisten und Gardisten gebildete Kette zu durchbrechen, wurden nicht ohne Mühe zurückgewiesen. Das zweite Mal mußte Kavallerie auf die Menge zum Angriffe losreiten.

Paris, 12. April. Die radikale Presse verlangt bereits unter allerlei Drohungen vom Kabinet Brisson-Freycinet die unverzügliche Entfernung der zahlreichen angeblichen „Kreaturen“ des Kabinets Jules Ferry, welche in verschiedenen ministeriellen Departements die einträglichsten Posten bekleiden, sowie die Ersetzung durch bewährte Republikaner, das heißt durch Radikale. Bis jetzt scheint es nicht, als ob das Ministerium geneigt wäre, dieser Aufforderung Folge zu leisten, was natürlich nicht ausschließt, daß zahlreiche Aenderungen im Beamtenpersonal stattfinden werden. Der „Temps“ dementirt auch die Nachricht, daß der Polizeipräfekt Camescasse seine Entlassung eingereicht, und daß der Minister des Innern Allain-Targé diese Demission verlangt habe. In Bezug auf das diplomatische Korps ist nur von der Ersetzung des französischen Botschafters in Madrid, Baron Michels, die Rede. Der französische Botschafter in London, Waddington, wird hier erwartet, und zwar, wie der „Temps“ sagt, in dringenden persönlichen Angelegenheiten. Waddington wird aber nach wenigen Tagen nach London zurückkehren. Der französische Botschafter in Petersburg, Appert, hatte Urlaub erhalten, unter den gegenwärtigen Verhältnissen hat er jedoch darauf verzichtet und verbleibt auf seinem Posten.

Konstantinopel, 7. April. So lange die Spannung zwischen England und Rußland dauert, besorgt jede der beiden Mächte, daß die Türkei sich der andern anschließen möchte. Insbesondere auf englischer Seite scheint diese Besorgniß groß gewesen zu sein, und ist da mancherlei „geklügelt“ worden, um die Pforte zur englischen Anlehnung zu vermögen. Der Sultan hat sich indessen für eine völlig neutrale Haltung entschieden, und zwar ganz selbstständig; die festländischen Mächte, welche außerhalb des Streites stehen, haben nicht etwa durch Rathschläge einen Einfluß in der Angelegenheit zu üben gesucht; höchstens von französischer Seite scheinen einige Worte gefallen zu sein, welche der Pforte zur Neutralität riethen, die übrigen haben sich jeder Aeußerung enthalten. Die Bemühungen, ein türkisch-englisches Einverständniß herbeizuführen, dauern jetzt noch fort, hauptsächlich durch Hassan Fehmi und Genossen; ich glaube aber, daß auch diese Strebungen unter die Rubrik „Tripotage“ zu verweisen sind. Hassan Fehmi wird noch nicht abberufen; er hat in der Umgebung des Sultans eine große Partei — alle Feinde des Großvezirs und Freunde des Baron Hirsch — für sich, und es scheint, daß er seit dem Londoner Zwischenfall in der Gunst seines Herrn eher gestiegen als gefallen ist.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. April. In Bezug auf die strengere Strafbestimmung des § 193 Str.-G.-B. wegen unberechtigten Jagens zur Nachtzeit hat das Reichsgericht, 5. Straffenat, durch Urtheil vom 27. Januar d. J. ausgesprochen, daß die Nachtzeit nicht mit Sonnenuntergang, sondern mit Eintritt der nächtlichen Dunkelheit beginnt.

— Der Stettiner Lloyddampfer „Kätie“, Kapt. C. Petrowsky, ist heute Vormittag wohlbehalten in Kopenhagen von Newyork eingetroffen und wird nach Entlöschung der für diesen Platz bestimmten Ladung seine Reise nach hier fortsetzen, wo er am 17. oder 18. d. Mts. zu erwarten ist. Die Abfahrt von Stettin nach Newyork findet am 28. d. statt.

— Am Sonntag verstarb hierselbst der Stadtälteste Wilhelm Schmidt im Alter von 65 Jahren. Während einer langen Reihe von Jahren wirkte der Verstorbene in hervorragender Weise in städtischen Aemtern, zunächst als Armenkommissions-Vorsteher, sodann als Stadtverordneter und zuletzt als Stadtrath, außerdem hatte er bereitwilligst mehrere Ehrenämter übernommen. In Folge anhaltender Kränklichkeit trat er vor 2 Jahren von allen Aemtern zurück.

— Landgericht. Strafkammer 3. Sitzung vom 13. April. Eine Anklage betraf Uebertretung des Nahrungsmittel-Gesetzes. Der Fleischermeister G. W. Nadler aus Bahn hatte am 15. November v. J. auf dem Markt zu Greifenhagen das Fleisch eines Schweines verkauft, welches stark mit Finnen durchsetzt war. N. giebt an, er habe das Fleisch vorschriftsmäßig durch den Fleischbeschauer untersuchen lassen und sei dasselbe für gut befunden worden, erst auf dem Markt habe er eine, aber auch nur eine Finne bemerkt. Durch das Gutachten eines Sachverständigen wurde jedoch festgestellt, daß in dem Fleisch massenhaft Finnen waren, welche von N. schon beim Zerlegen des Fleisches hätten gesehen werden müssen. Unter diesen Umständen wurde Nadler wegen wissentlichen Verkaufs ungesunden Fleisches zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt.

Ohne jede Veranlassung schlug am 20. Dezember v. J. der Schiffszimmerlehrling Paul Rob. Max Weidemann in Züllchow den Arbeiter Karl Marten mit einem scharfen Instrument derart auf den Kopf, daß M. eine Verletzung erhielt, welche während 5 Wochen seine Unterbringung im Krankenhaus nöthig machte. Deshalb trifft den W. wegen Mißhandlung eine Gefängnißstrafe von 8 Monaten.

Eine nicht uninteressante Verhandlung betraf eine Anklage wegen Beleidigung gegen den Zimmergesellen Karl Thiele aus Torgelow. Derselbe hatte am 5. November v. J. die Kontroll-Versammlung zu Jatznick besucht und war an diesem Tage zum Landsturm übergetreten. Die Kontroll-Versammlung wurde von dem Premier-Lieutenant der Reserve, Herrn Fabrikbesitzer Dr. Vollgold, aus Torgelow abgehalten, bei welchem Th. früher als Amtsdiener in Stellung, aber wegen Trunkenheit entlassen war. Als die Kontroll-Versammlung beendet und Herr Dr. V. sich im Wartesaal des Bahnhofs Jatznick befand, begann der gleichfalls dort anwesende Thiele sich so ungebührlich zu betragen, daß sich Herr Dr. V. veranlaßt sah, denselben zur Ordnung zu weisen. Er hatte damit aber nur den Erfolg, daß Th. erklärte, der Herr Lieutenant habe ihm nichts mehr zu sagen. Bei der Ankunft des Zuges in Torgelow benahm sich sodann Th. wiederum in herausfordernder, beleidigender Weise gegen Dr. V. Letzterer machte der vorgesetzten Militärbehörde Anzeige und beantragte die Bestrafung des Th. Die Militärbehörde überwies den Antrag dem Zivilgericht und es kam heute zunächst die Frage zur Entscheidung, ob Th. nach dem Militär- oder dem Reichs-Strafgesetz zu bestrafen sei. Der Herr Staatsanwalt beantragte in erster Linie nach dem Militär-St.-G.-B. 6 Wochen strengen Arrest, indem er annahm, daß jeder Soldat des Beurlaubten-Standes, wenn er zur Kontroll-Versammlung einberufen werde, nicht nur während dieser Versammlung, sondern während des ganzen Tages, an welchem die Versammlung stattfindet, im Militär-Verhältniß stehe. Dies werde auch bei jeder Kontroll-Versammlung mitgetheilt. Aber wenn man auch annehme, Th. habe nicht mehr im Militär-Verhältniß gestanden, so liege auch nach dem Zivil-Strafgesetz eine Beleidigung vor und wurde eventl. hierfür 6 Wochen Gefängniß beantragt. Von Seiten der Vertheidigung wurde angenommen, daß der militärische Standpunkt im vorliegenden Falle nicht Platz greife, da Th. mit demselben Augenblick, als er seinen Schein zum Landsturm erhielt, aus allen Militär-Verhältnissen ausscheide. Nach dem Zivilgesetz könne er nicht bestraft werden, weil dazu der Strafantrag fehle, denn Herr Dr. Vollgold hat nur Strafantrag in seiner Stellung als Premier-Lieutenant und nicht als Zivilperson gestellt. — Der Gerichtshof nahm an, daß das Zivilgericht zur Aburtheilung der Sache zuständig und daß Th. auch nach dem Zivilgesetz (§ 185 und 200 d. St.-G.-B.) zu bestrafen sei und erkannte auf eine Gefängnißstrafe von 6 Wochen, sowie Publikationsbefugniß.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Troubadour.“

Vermischte Nachrichten.

Der Kreislauf des Weines!

Aus der Traube in die Tonne,
Aus der Tonne in das Faß,
Aus dem Fasse dann, o Wonne!
In die Flasche und ins Glas.
Aus dem Glase in die Kehle,
In den Magen durch den Schlund,
Und als Geist dann in die Seele
Und als Wort dann in den Mund.
Aus dem Worte etwas später
Formt sich ein begeistert Lied,
Das durch Wolken in den Aether
Mit der Menschen Jubel zieht.
Und im nächsten Frühling wieder
Fallen dann die Lieder fein
Und als Thau auf Reben nieder
Und sie werden wieder Wein. —

— (Ueberlistet.) Ein Rekrut simulirte Taubheit und wurde daraufhin längere Zeit im Militär-Lazareth von den Aerzten beobachtet. Schon sollte derselbe aus dem Dienst entlassen werden, als eines Tages ein vor ihm die Treppe herabschreitender Arzt wie im Selbstgespräch äußerte: „Der Aermste ist so zufrieden und hat keine Ahnung, daß er heute Morgen aus Versehen Gift einnahm.“ — Da schrie der angeblich Taube plötzlich auf und faßte mit beiden Händen nach dem Magen. — „Kommen Sie, Freundchen“, tröstete ihn der Arzt, „und lassen Sie sich in der Kaserne schnell ein Gegengift geben.“

— Vor einiger Zeit lief eine Notiz durch die Zeitungen, in welcher erzählt wurde, wie Professor Frerichs seine erste Frau kennen lernte. Wenig bekannt dürfte es sein, in wie origineller Weise der berühmte Mediziner um seine zweite Gattin freite. Auf die erhebliche Altersdifferenz hindeutend — Frerichs zählte, als er zur zweiten Ehe schritt, bereits fünfzig Jahre —, fragte er bei der Brautwerbung die kaum Zwanzigjährige: „Wollen Sie meine Wittwe werden?“ — „Nun, das Paar hat immerhin noch sechszehn Jahre in glücklichster Ehe gelebt. Vier Kinder entsprossen der Verbindung, von denen das älteste jedoch in zartem Alter verstarb.

— (Macht der Gewohnheit.) Kaufmann: „Ich gebe nichts.“ Bettler: „Adieu!“ Kaufmann: „Beehren Sie mich bald wieder!“

— (Ersatz für Seife.) Bauernmagd: „I thu' für mei Lebe nix lieber als Brod backe, mer kriegt allemal vom Teigknete so saubere Händ!“

— (Zucker zum Weichkochen von Erbsen und Bohnen.) Um diese Hülsenfrüchte in Brunnenwasser weich zu kochen, setzt man gewöhnlich etwas Soda dazu. Die Speise erhält jedoch dadurch einen faden Geschmack. Man empfiehlt die Anwendung von Zucker statt Soda. Wird dem Wasser ein wenig Zucker beigesetzt und werden die Hülsenfrüchte darin gekocht und darnach mit gewöhnlichem Salz gewürzt, so kochen sie sich weich und nehmen einen trefflichen Geschmack an. In manchen Familien wird man gewiß gern einen diesbezüglichen Versuch machen.

— (Eine lange Geschichte.) „Figaro“ erzählt folgenden Scherz: „Justine,“ sagt die Hausfrau zur Köchin, „vor drei Wochen fand ich in Deiner Küche einen Soldaten — der ist noch da.“ „Madame, er erzählt mir den Krieg von Tonkin die Geschichte ist noch nicht zu Ende.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen 13. April. Der Meldung der „Politischen Correspondenz“ aus Rom gegenüber, erklärt der „Curyer Poznanski“ kategorisch, daß die Kandidatur Wanjuras von der Kurie vollständig abgelehnt ist. Der jetzt, wie verlautet, von Rom vorgeschlagene Kandidat Dekan Graf Poninski ist ein politisch gemäßigter, nicht kompromittirter Geistlicher und genießt die Sympathie der Polen.

München, 12. April. Der König hat, wie die „Allgemeine Zeitung“ meldet, das Entlassungsgesuch des Kriegsministers von Maillinger unter huldvollster Anerkennung der von demselben geleisteten hervorragenden Dienste mit Rücksicht auf dessen vorgeschrittenes Alter und angegriffene Gesundheit genehmigt und vom 1. k. Mts. ab, bis wohin der Minister im Dienste verbleibt, den Generallieutenant und Kommandeur der 4. Division in Würzburg, v. Heinleth zum Kriegsminister ernannt. Der König hat gestern ein sehr huldvolles Handschreiben an den Minister v. Maillinger gerichtet.

München, 13. April. Die auf gestern von dem Reichstags-Abgeordneten von Vollmar behufs Ablegung des Rechenschaftsberichts in Schwabing anberaumte sozialdemokratische Versammlung ist seitens der Polizei inhibirt worden.

Paris, 12. April. Dem „Temps“ wird aus Marseille telegraphirt, daß an alle französischen Häfen Befehl ergangen sei, sämmtliche Provenienzen aus Spanien einer dreitägigen Quarantäne zu unterwerfen.

Paris, 13. April. Ein Telegramm aus Hanoi von gestern sagt: Der offiziell vorgeschriebene Zeitpunkt für das Aufhören der Feindseligkeiten hat zwar durch die Schwierigkeit der Verbindungen, namentlich nach der Seite von Yunnan hin, eine fünftägige Verzögerung erfahren, thatsächlich sind aber die Feindseligkeiten beider Armeen eingestellt.

Petersburg, 12. April. Der Beschluß des Reichsraths, wonach ausländische, im Zolltarif nicht besonders benannte landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe (ausgenommen Dampfmotore), sowie die Modelle von solchen Maschinen und Geräthen einem Zoll von 50 Goldkopeken per Pud unterliegen, ist am 31. v. M. vom Kaiser sanktionirt worden. Reservetheile von landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen werden, wie bisher, nach dem entsprechenden Paragraphen des bestehenden Zolltarifs eingeführt.

London, 12. April. Die Erklärungen des Generals Komarow in seinem Bericht vom 20. März werden von allen Morgenblättern als unbefriedigend bezeichnet. Die „Times“ sagt, Komarow habe ebensowenig eine befriedigende Erklärung für seinen Angriff auf die Afghanen abgegeben, wie die russische Regierung gerechte Gründe für die Anwesenheit ihrer Truppen innerhalb des strittigen Gebietes angegeben habe. „Daily News“ erfährt, die Regierung habe seit letztem Donnerstag keine weiteren Depeschen aus Petersburg empfangen. Es sei jedoch kein Grund vorhanden, die Situation als weniger hoffnungsvoll anzusehen.

London, 13. April. (Telegramm des „Reuter'schen Bureau“.) Die Geschwader in China und Australien sollen durch Panzerschiffe verstärkt werden; behufs Vervollständigung der Ausrüstung für die neuen Kreuzer „Amerika“ und „Oregon“ wurde in mehreren Werkstätten des Arsenals von Woolwich auch gestern gearbeitet. Als Befehlshaber eines zu bildenden Ostseegeschwaders wird Admiral Hornby genannt. Nach den im Kriegs-Ministerium aufgestellten Anschlägen würden für den Dienst im Auslande 52,672 Mann Truppen von allen Waffengattungen disponibel sein.

Dem „Standard“ wird aus Tirpul vom 7. d. Mts. telegraphirt: Wir erhielten die Meldung, daß die Russen das Murghabufer entlang vorrücken.